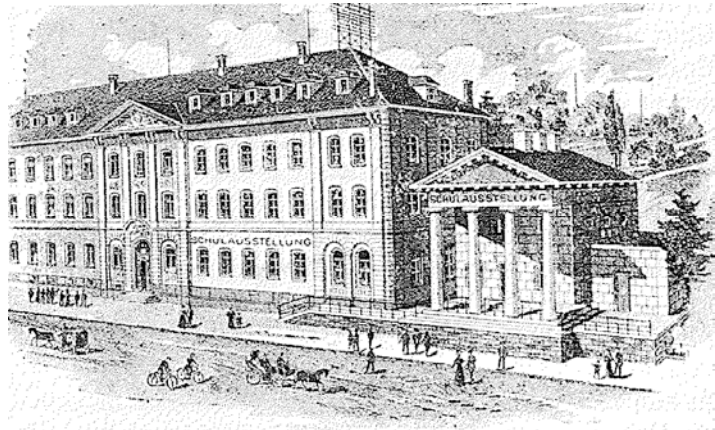


Schulmaterial als Zeichen des pädagogischen Fortschritts. Der bildungspolitische Streit um eine schweizerische permanente Schulausstellung¹

Anne Bosche, Lucien Criblez
Institut für Erziehungswissenschaft
Universität Zürich



Das erste Schulmuseum am Bollwerk in Bern (Quelle: Kormann, 1984, S. 6)

Schulausstellungen oder Schulmuseen sind Museen zweiter Ordnung: Sie stellen nicht nur Dinge aus zum Zwecke der Belehrung und Erbauung der Besucherinnen und Besucher, sondern sie zeigen Dinge zum Zwecke der *Belehrung über die Belehrung*, insbesondere über die sinnvolle Art und über die Hilfsmittel der Belehrung. Dass der Gründung solcher Schulausstellungen in der Schweiz im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts eine bestimmte bildungspolitische Bedeutung zukam, ist deshalb nicht erstaunlich.

Die Gründung solcher Schulausstellungen – in unserem Referat gehen wir auf diejenigen in Zürich (1875), in Bern (1878) und in Freiburg/Ue. (1884) ein – steht im Schnittpunkt verschiedener gesellschaftlicher und bildungspolitischer Entwicklungen, die im ersten Teil des Referates dargestellt werden. Die Frage, wie diese Entwicklungen lokal zur Gründung von Schulausstellungen führten und die Frage nach dem Zusammenspiel lokaler und nationaler Akteure stehen im Zentrum des Vortrags. Dazu wird im Hauptteil die Gründungs- und erste Entwicklungsphase der drei Schulausstellungen aus einer vorwiegend institutionengeschichtlichen Perspektive thematisiert: Die Gründung und Konzeption der drei permanenten Schulausstellungen in Zürich, Bern und Freiburg/Ue. wird dargestellt und die drei ausgewählten Institutionen werden nach definierten Kriterien miteinander verglichen. Dabei gilt ein spezifischer Fokus dem gesammelten Material. Abschliessend wird auf den Wandel von Funktion und Aspiration der drei Schulausstellungen verwiesen, der bereits am Anfang des 20. Jahrhunderts vollzogen war und eine institutionelle Konstanz bis heute erst ermöglichte.

¹ Referat an der Jahrestagung der Sektion Historische Bildungsforschung der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft am 20. September 2009 in Marbach

1. Kontexte der Gründung von Schulausstellungen

Die Idee, Bildung, Schule und Unterricht in der Schweiz auszustellen, stammt – wie in andern Ländern auch – von den Weltausstellungen (Gonon, 1999). Friedrich von Tschudi, der an der Weltausstellung in Wien 1873 die Funktion des Vizepräsidenten der Jury für das Unterrichtswesen innehatte und offizieller Berichterstatter über das Unterrichtswesen für die Schweiz war, leitete aus den Erfahrungen in Wien die Notwendigkeit einer eigenen „permanenten Schulausstellung“ in der Schweiz ab: Indem Lehrerinnen und Lehrer mit dem besten Material bekannt gemacht werden, könnten sie angeregt werden, ihren Unterricht zu verbessern (Tschudi, 1874, S. 36f.; zit. nach Gonon, 1999, S. 389). Neben der Idee der Qualitätsförderung von Schule und Unterricht durch die Präsentation von gutem Unterrichts- und Schulmaterial – eine Art frühes Benchmarking – regten die Weltausstellungen den Vergleich an: „Wir müssen vorwärts schreiten, denn Alles um uns herum strebt darnach. Die Wiener Ausstellung hat das allen Denen, die noch hätten zweifeln wollen, bewiesen“ (Rambert, 1875, S. 108) – so Eugène Rambert in seinem Bericht über die Wiener Weltausstellung. Die Weltausstellungen förderten also den internationalen Vergleich. Diesem Vergleich kam vor allem im Kontext der Wachstumskrise nach 1878 (Widmer, 1992) grosse Bedeutung zu, weil aus den Vergleichen Modernisierungspostulate für das eigene Land abgeleitet wurden (Gonon, 1998). Den ersten Schritt zu einer Modernisierung des Schulwesens sah der Zürcher Sekundarlehrer Eduard Gubler darin, eine permanente schweizerische Schulausstellung zu gründen. Diese sollte einerseits die Schulzustände abbilden, andererseits aber die Lehrerinnen und Lehrer zu Innovationen anregen (Wymann, 1975).

Aber schon die Darstellung des schweizerischen Bildungswesens an Weltausstellungen stellte für die Schweiz ein grundlegendes Problem dar: Wie sollte ein föderalistisches Bildungswesen national einheitlich nach aussen dargestellt werden – was im Umfeld der sich etablierenden Nationalstaaten im Norden und Süden als Notwendigkeit erachtet wurde? Das Bildungswesen war nach der Bundesstaatsgründung 1848 in der Regelungskompetenz der Kantone geblieben, dem Bund war nur übertragen worden, eine eidgenössische Universität und eine polytechnische Schule gründen zu können (Criblez, 1998). Mit der neuen Bundesverfassung (Grundgesetz) 1874 änderte sich dies allerdings: Der Bund sollte fortan überwachen, dass die Kantone die in der ganzen Schweiz geltenden Prinzipien des genügenden Primarunterrichts, des Unterrichtsobligatoriums, der Unentgeltlichkeit der öffentlichen Schulen, der staatlichen Leitung der Schulen sowie der Zugänglichkeit des Unterrichts ohne Beeinträchtigung der Glaubens- und Gewissensfreiheit einhalten (Criblez &

Huber, 2008). Der Bundesrat wollte deshalb einen eidgenössischen Schulsekretär zur „periodisch wiederkehrenden Ermittlung ihrer [der Kantone; AB/LC] Schulzustände“ einsetzen (Botschaft Vollziehung Art. 27, 1880, S. 188), um seine Oberaufsicht gegenüber den Kantonen, insbesondere im Hinblick auf den „genügenden Primarunterricht“, wahrnehmen zu können.

Durch die nationale und kantonsvergleichende Analyse und Darstellung der Schulzustände sollten für die Kantone Anreize zur Verbesserung ihrer Schulen entstehen. Sie sollten sich gegenseitig beobachten und in einen Bildungswettbewerb gelangen, der Bund dagegen sollte – wie im Verfassungsauftrag formuliert – die „Minimalstandards“ im Schulbereich überwachen. Seit 1875 wurden dazu auch so genannte Pädagogische Rekrutenprüfungen durchgeführt (Crotti, 2008; Lustenberger, 1996): Bei der Rekrutierung in die Armee wurden die jungen Männer in Lesen, Schreiben, Rechnen und Vaterlandskunde (nationale Geografie, nationale Geschichte und Verfassungskunde) getestet. Zu den Resultaten wurden Kantonsranglisten erstellt und öffentlich publiziert (vgl. z.B. Pionier, 1888, S. 40).

Gegen das Projekt eines eidgenössischen Schulsekretärs wurde das Referendum ergriffen (Hard, 1974; Criblez & Huber, 2008) und in der Volksabstimmung 1882 verwarf die Stimmbevölkerung das Projekt mit grossem Mehr. Diese ablehnende Haltung gegenüber einem eidgenössischen Schulsekretär schuf eine bildungspolitische Situation, in der Schulkoordination über die Kantonsgrenzen hinweg bis heute mit dem zweifelhaften Ruf des „Schulvogt“ belegt ist. Die Gründung von Schulausstellungen muss also auch im Kontext der Konkurrenzsituation zwischen Bund und Kantonen interpretiert werden, in der der Bund für die Oberaufsicht über das Schulwesen im Sinne der neuen Bundesverfassung auf Dokumentation² angewiesen war, in der die Kantone jedoch aus sprachlichen und konfessionellen Gründen dem Bund keine Regelungskompetenzen im Bildungsbereich abgeben wollten. Nach dem Scheitern der Schulvogtvorlage erhoffte man sich von den Schulausstellungen einen Beitrag zur Dokumentation. Der Bund unterstützte deshalb die in Zürich, Bern und Freiburg entstandenen Schulausstellungen mit Subventionen. Er tolerierte damit die kantonalen Lösungen, weil er von einem grösseren Nutzen ausging, wenn Schulmuseen in den verschiedenen Landesteilen entstünden (Botschaft Schulausstellungen, 1880, S. 449).

² Für die Wiener Weltausstellung wurde von Herman Kinkelin im Auftrag des Eidgenössischen Departementes des Innern auch erstmals eine umfangreiche schweizerische Schulstatistik herausgegeben (Kinkelin, 1873/75) und allgemein gilt diese Zeit als Gründungsphase der wissenschaftlichen Schulforschung (Mattmüller, 1982).

Die Gründung von Schulausstellungen ist aber nicht nur im erwähnten bildungspolitischen Kontext zu interpretieren, sondern auch in einem professions- und disziplinenpolitischen. Mit der Forderung nach einer akademischen Lehrerbildung, seit den 1860er-Jahren zunächst im Kanton Zürich erhoben (Bloch, 2007), anschliessend in verschiedenen Universitätskantonen der Schweiz thematisiert (Hofstetter & Schneuwly, 2007), war das Anliegen der besseren Dokumentation für die Aus- und Weiterbildung der Lehrerinnen und Lehrer verbunden. Zudem verband man mit den Schulausstellungen die Hoffnung, dass in ihnen nicht nur Schulmaterial, sondern der pädagogische Fortschritt schlechthin präsentiert werde, was als Legitimationsgrundlage für eine bessere Positionierung des Lehrberufs angesehen wurde.

Die Schulausstellungen wurden also auch als Möglichkeit gesehen, die Verwissenschaftlichung und Akademisierung der Lehrerbildung zu unterstützen. Nicht ganz zufällig war Otto Hunziker, der Begründer der Zürcher Schulausstellung, ab 1890 der erste Inhaber eines Lehrstuhls an der Universität Zürich, der nur auf Pädagogik ausgerichtet war (Criblez, 2007) – und nicht ganz zufällig diskutierte man im Rahmen der Errichtung von Pädagogiklehrstühlen an der neu gegründeten katholischen Universität Freiburg über die Integration des Pädagogischen Museums in die Universität.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass sowohl die Weltausstellungen als auch die bildungs- und professionspolitischen Kontexte in der Schweiz zu Bestrebungen geführt haben, eine nationale permanente Schulausstellung zu gründen, die den pädagogischen Fortschritt in den Kantonen dokumentieren sollte. Da das Bildungswesen aber grundsätzlich Sache der Kantone war, wurden in Zürich, Bern und Freiburg erste kantonal und regional ausgerichtete Schulausstellungen ins Leben gerufen, die parallel existierten und zunächst darum wetteiferten, *die* schweizerische permanente Schulausstellung zu werden.

2. Die Gründung der permanenten Schulausstellungen – ein Vergleich zwischen Zürich, Bern und Freiburg³

Im Folgenden sollen die Gründungszusammenhänge der drei ersten Schulausstellungen in Zürich, Bern und Freiburg genauer analysiert und im Hinblick auf folgende Kategorien verglichen werden: Zunächst wird die Frage der Akteure thematisiert, die massgeblich an der Gründung beteiligt waren. Zweitens wird auf die gemeinsamen und die je lokalen Gründungsintentionen eingegangen und drittens werden die Tätigkeitsbereiche verglichen. Dabei lassen wir uns von der Hypothese leiten, dass die lokalen Intentionen und Tätigkeiten

³ Die folgende Darstellung stützt sich allgemein auf Lüthi (1896, 1905), für Zürich auf Wymann (1975), für Bern auf Lüthi (1904) und Kormann (1983) sowie für Freiburg auf Genoud (1914).

der Schulausstellungen von den Intentionen, die der Bund mit einer eidgenössischen Schulausstellung verfolgte, abweichen. Anschliessend thematisieren wir das Verhältnis der einzelnen Schulausstellungen zueinander und zum Bund. Dabei steht insbesondere die Frage im Vordergrund, wie der Bund versuchte, sein Projekt einer nationalen Dokumentationsstelle durchzusetzen, um dem Verfassungsauftrag nachzukommen – und wie die Schulausstellungen darauf reagierten.

Die Gründung der ersten Schulausstellung in der Schweiz in Zürich steht im Kontext der vermehrten Aufmerksamkeit von Gewerbe und Industrie und dem Ziel der praktischen Verbesserung der gewerblichen Ausbildung (Wymann, 1975, S. 5ff). Die Stadt Zürich eröffnete 1875 ein Gewerbemuseum mit dem Zweck die berufliche Ausbildung und das kunstgewerbliche Schaffen zu fördern (Krebs, 1905). Dem Gewerbemuseum wurde nach dem Vorbild der Zentralstelle für Handel und Gewerbe in Stuttgart eine Abteilung „Sammlung von Lehrmitteln und Schulbedürfnissen“ (Lüthi, 1896, S. 59) angegliedert. Zentrale Akteure bei der Gründung waren Sekundarlehrer August Koller und der Seminarlehrer und spätere Pädagogikprofessor Otto Hunziker. 1882 wurde die Schulausstellung zur eigenständigen Stiftung, die dem Regierungsrat unterstand (Bolleter, 1891). Auch in Bern und Freiburg waren es interessierte und engagierte Lehrer, die sich für die Gründung einer Schulausstellung einsetzten, in Bern vor allem eine Gruppe von Gymnasiallehrern um Emanuel Lüthi. Sie gründeten Trägervereine und bemühten sich um Unterstützungsbeiträge von Bund, Kantonen und Standortstädten.

Die Intention, die mit der Schulausstellung verfolgt wurde, löste sich in Zürich schnell vom rein gewerblichen Charakter. Es ging von Beginn an sowohl um das Darstellen der Schulzustände als auch um die Verbesserung des Schulunterrichts (Schweizerisches Schularchiv, 1880, S. 2ff). Die Schulausstellungen sollten Zentren der Lehrerfortbildung werden, um Innovationen in den Schulen zu fördern und Unterricht und Schule zu verbessern – dies waren auch in Bern und Freiburg die entscheidenden lokalen Gründungsmotive. In Bern spielte zudem die Ambition, *die* nationale Schulausstellung mit Sitz in der Bundeshauptstadt zu werden, eine wichtige Rolle – was Bern fast zwingend in eine starke Konkurrenzsituation mit Zürich brachte (Wymann, 1975, S. 15ff).



Bibliothek in der Freiburger Schulausstellung (Quelle: Genoud, 1914, S. 39)

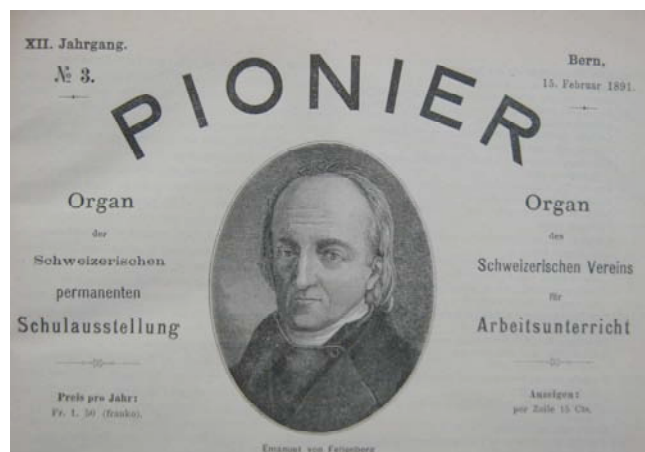
Im katholischen Freiburg waren die Gründungszusammenhänge insofern komplexer, als das *musée pédagogique* Teil eines ambitionierten Plans des Freiburger Erziehungsdirektors Rafael Horner wurde, die katholische Pädagogik in der Schweiz zu modernisieren und zu verbessern. Die Schulausstellung stand deshalb ebenso im Dienste der Aus- und Weiterbildung katholischer Lehrer in der Schweiz wie die 1889 gegründete katholische Universität (Lussi & Cicchini, 2007).

Weil die Gründungsintentionen ähnlich waren (Unterrichtsverbesserung und Lehrerfortbildung), unterschieden sich auch die Tätigkeitsbereiche der drei Schulausstellungen nicht grundlegend. Allen drei Schulausstellungen gemeinsam ist der Fokus auf die Dokumentation und Sammlung von Lehrmitteln, Schriften zu Lehrmethoden, Schulhausplänen und pädagogischer Literatur (Korrespondenzblatt des Archivs der schweizerischen permanenten Schulausstellung in Zürich, 1878). Zudem organisierten sie neben der permanenten Ausstellung auch thematisch fokussierte Ausstellungen, Vorträge und weitere Veranstaltungen.



Modellschulzimmer Freiburg (Quelle: Genoud, 1914, S. 61)

Alle drei Schulausstellungen gaben eine Zeitschrift heraus oder beteiligten sich massgeblich an der Herausgabe einer solchen: Die Zürcher Schulausstellung publizierte zunächst das Korrespondenzblatt, ab 1880 das *Schweizerische Schularchiv*; die Berner publizierten ab 1880 den *Pionier* mit dem Konterfei Fellenbergs auf der Titelseite; die Freiburger Schulausstellung beteiligte sich 1884 an der Herausgabe des *Bulletin Pédagogique*, einer katholischen Gegen gründung gegen den liberalen und protestantischen *Educateur*, der Zeitschrift des Westschweizer Lehrervereins.



Titelseite des "Pionier" (Quelle: Kormann, 1984, S.7)

Die Schulausstellungen verzeichneten vor allem wegen der Sammlung unterschiedlichster und neuer Schulmaterialien einen grossen Zulauf unter den Lehrerinnen und Lehrern. Diese informierten sich in den Schulausstellungen über neues Schulmaterial, neue Lehrmittel und Lehrmethoden.

Vor allem in Zürich, in Ansätzen auch in Bern und Freiburg, entwickelte sich parallel zur Sammlung ein „Archiv“, das die historische Forschung unterstützen sollte. In Zürich richtete sich dies schwerpunktmässig, wegen der Interessen Otto Hunzikers, auf die Schulgeschichte und die Pestalozziforschung aus. Hier wurden deshalb schulgeschichtliche Quellen, Schulgesetze und Statistiken gesammelt und das dort angegliederte Pestalozzistübchen hatte zum Ziel, alle erhältlichen Informationen zur Vergangenheit des Vaterlandes zu sammeln (Bolleter, 1891). In Freiburg, wo ebenfalls eine historische Abteilung aufgebaut werden sollte, lag der Fokus auf den Schriften Gregor Girards.

Die Dokumentation der eben erwähnten Schulgesetze und Statistiken sollte in den 1880er Jahren sowohl das Verhältnis zum Bund als auch das Verhältnis der Schulausstellungen untereinander entscheidend prägen.

3. Eine einzige eidgenössische Schulausstellung? Die Rolle des Bundes und die Konkurrenz zwischen den Schulausstellungen

Von Beginn an hatte der Bund aus Gründen der Dokumentation des Standes der Schulentwicklung in den Kantonen ein Interesse an den Schulausstellungen. So sprach er ihnen auch jährliche Subventionen zu. Allerdings lag ihm letztlich mehr an *einer nationalen* Schulausstellungen als an verschiedenen kantonalen. Zürich und Bern konkurrierten darum, diese nationale Schulausstellung zu werden. Obwohl sich auch der Schweizerische Lehrerverein für *eine eidgenössische* Ausstellung aussprach, scheiterte dieses Projekt aufgrund unterschiedlicher Interessen. Die Bundesräte Schenk und Droz, die in diesen Jahren dem Eidgenössischen Departement des Innern vorstanden und als Promotoren der Zentralisierungsbewegung im Bildungsbereich gelten können, wollten Ausführungsbestimmungen zum Bildungsartikel der Bundesverfassung erlassen, um dem Verfassungsauftrag nachzukommen (Droz, 1878). Dieses Projekt war von den radikalen und protestantischen Bundesräten vor allem gegen die katholisch-konservativen Kantone gerichtet: Die Einführung einer Obergewalt des Bundes im Schulbereich war Teil des Kulturkampfes, sah man doch die Rückständigkeit der Schulen in den katholisch-konservativen Kantonen durch die Resultate der Pädagogischen Rekrutenprüfungen unter

Beweis gestellt: Die vorderen Ränge belegten die protestantisch-liberalen Kantone, die hinteren die katholisch-konservativen.

Rekrutenprüfungen.
Rang der Kantone von 1875—1888.

	1875	1876	1877	1878	1879	1880	1881	1882	1883	1884	1885	1886	1887	1888
1. Baselstadt	1	2	1	1	3	1	1	1	2	1	1	1	1	1 = 18
2. Genf	2	3	2	2	1	3	2	5	1	3	2	2	3	3 = 34
3. Thurgau	3	1	2	5	8	4	3	4	3	2	3	3	4	4 = 50
4. Zürich	4	5	4	3	4	2	4	5	4	4	4	7	5	5 = 58
5. Schaffhausen	6	6	6	2	4	5	5	2	5	5	5	4	2	2 = 59
6. Waadt	5	4	5	6	5	11	8	12	8	13	6	8	11	6 = 108
7. Solothurn	9	7	7	7	12	15	11	8	12	6	9	9	8	9 = 128
8. Neuenburg	7	10	13	14	11	12	9	11	7	10	10	5	6	7 = 132
9. Zug	14	12	8	8	7	13	12	10	9	7	15	15	13	8 = 151
10. Aargau	16	9	14	17	10	8	6	13	14	11	14	12	10	12 = 166
11. Obwalden	21	10	11	9	6	10	14	6	6	9	11	16	17	18 = 170
12. Glarus	17	22	20	18	17	6	13	7	10	12	7	6	7	10 = 172
13. St. Gallen	8	11	9	16	18	9	15	14	15	16	13	14	14	14 = 186
14. Appenzel A.-Rh.	11	14	12	20	22	14	17	15	11	8	8	10	12	11 = 187
15. Graubünden	13	15	17	13	16	7	10	9	13	15	16	11	15	17 = 190
16. Baselland	10	13	16	10	14	16	6	19	18	14	12	13	9	15 = 193
17. Luzern	12	8	10	12	9	18	19	21	21	21	20	21	19	21 = 232
18. Nidwalden	24	23	15	19	13	22	13	16	20	18	17	19	16	13 = 248
19. Bern	15	21	18	15	15	17	18	20	17	17	19	17	20	20 = 249
20. Tessin	18	20	19	11	19	20	7	18	16	20	22	24	22	22 = 256
21. Schwyz	22	17	22	21	20	19	21	17	19	19	18	20	21	19 = 275
22. Freiburg	20	23	15	19	13	22	20	23	24	22	21	18	13	16 = 288
23. Uri	19	19	24	23	21	24	24	24	25	25	25	25	23	24 = 325
24. Wallis	23	25	25	24	23	23	22	25	23	23	24	23	24	25 = 332
25. Appenzel I.-Rh.	25	24	23	25	25	25	25	22	22	24	23	22	25	23 = 333

Kantonale Ergebnisse der Rekrutenprüfungen 1875-1888 (Quelle: Der Pionier, 1888, Heft 9, S. 40)

Das Bundesparlament hatte zwar schon vor dem Scheitern der Schulvogtvorlage einer dezentralen Lösung zugestimmt und damit die parallele Existenz verschiedener Institutionen akzeptiert, aber Schenk löste sich nur allmählich von der Idee *einer nationalen* Schulausstellung.

Vor allem die Zürcher Schulausstellung hatte weitergehendere Ambitionen als einfach die Dokumentation des pädagogischen Fortschritts in den Schulen. Sie strebte nach dem Vorbild des *National Bureau of Education* in Washington (1867 gegründet) auch an, eine Informations- und Forschungsstelle zu werden, in der gesetzliche und statistische Daten gesammelt, erhoben und analysiert werden (Korrespondenzblatt des Archivs der schweizerischen permanenten Schulausstellung in Zürich, 1878). Dieses Konzept entsprach aber eher einer wissenschaftlichen Funktion als der Kontrollfunktion, die der Bund anstrebte. Das Sammeln und Aufbereiten gesetzlicher Dokumente und statistischer Daten markiert denn auch den Anfangspunkt der soziologisch orientierten Schulforschung in der Schweiz. Zudem liess sich damit – zumindest aus Sicht der Ausstellungen – nationales und internationales Prestige gewinnen, weil man sich mit den Resultaten international – insbesondere an Weltausstellungen – positionieren konnte. Am Sammeln von Schulgesetzen und

Schulstatistiken entzündete sich deshalb ein Streit zwischen den beiden Schulausstellungen Zürich und Bern.

Dieser Streit zeigt noch einmal, dass Zürich und Bern in direkter Konkurrenz zueinander darum buhlten, die geplante eidgenössische Schulausstellung beheimaten zu können. Das Sammeln von Schulgesetzen und Statistiken galt nämlich auch als entscheidende Aufgabe einer national ausgerichteten Schulausstellung. Dass Freiburg weniger in die Auseinandersetzungen involviert war, hatte damit zu tun, dass ein Standort in der französischsprachigen Schweiz und in einem katholischen Kanton vom doppeltem Minderheitenschutz profitieren konnte: Man konnte aus staatspolitischen Gründen nicht gegen eine Schulausstellung in Freiburg sein, zumal der Kulturkampf nach 1882 abflaute und man versuchte, die Katholisch-Konservativen im Bundesstaat besser zu integrieren.

Nach dem Scheitern einer einzigen zentralen Dokumentationsstelle wurde nach einer arbeitsteiligen Lösung gesucht: Um einer Zersplitterung der Kräfte durch die parallele Existenz mehrerer autonomer Schulausstellungen entgegen zu wirken, sollten den einzelnen Schulausstellungen unterschiedliche Funktionen und Aufgaben zugewiesen werden. Bundesrat Schenk hatte deshalb 1886 den Solothurner Seminardirektor Peter Gunzinger mit einer Inspektion der Schulausstellungen beauftragt (Keller, 1925, S. 39ff.; Genoud, 1914, S. 21ff.). Auch auf diesem Wege konnte allerdings keine Einigung zwischen Zürich und Bern erreicht werden. Denn erneut stand der Streitpunkt der Zuweisung der Gesetzessammlung und der Statistiken im Mittelpunkt.

Erst in den 1890er Jahren hatten Kooperationsbemühungen aufgrund einer konkreten Notlage bescheidenen Erfolg – das Thema der Schulgesetze wurde dabei allerdings nicht mehr tangiert: Die Weltausstellung in Chicago 1893, später auch die Landesausstellung in Genf 1896, erforderten eine Zusammenarbeit der einzelnen Schulausstellungen. Eine einzelne Schulausstellung konnte aufgrund finanzieller, zeitlicher und personeller Ressourcenprobleme den schweizerischen Auftritt bei der Weltausstellung nicht organisieren. Daher wurde eine *Union der schweizerischen Schulausstellungen* gegründet (1893), die, aufgrund der konkreten Aufgabe, zunächst nur während vier Jahren tätig werden sollte. Die einzelnen Ausstellungen übernahmen je unterschiedliche Aufgaben, sandten Delegierte nach Chicago und sammelten gemeinsam Ausstellungsmaterial (Hunziker, Schläfli, 1893, S. 1-3).

Was aus einer Notlage, nämlich aus Gründen der knappen Ressourcen, entstanden war, bewährte sich schnell; die Union existierte nicht nur die geplanten vier Jahre, sondern wurde zu einer konstanten Einrichtung. In der Folge kooperierten die Schulausstellungen rege in unterschiedlicher Form: Materialienaustausch, gemeinsame Ankäufe,

Informationsübertragung, gemeinsame Ausstellungen und Veranstaltungen etc. So ergab sich aus einer Notlage eine kooperative, aber föderalistische Lösung.

4. Vom nationalen Prestigeprojekt zur kantonalen Lehrerfortbildung

Durch den Vergleich der Schulausstellungen und durch die Analyse ihres Verhältnisses zueinander und zum Bund wird eine Differenz zwischen den ursprünglichen nationalen Zielen und den lokalen Lösungen deutlich. Die zeitgenössischen nationalen und internationalen Entwicklungen, wie die Weltausstellungen, der Artikel 27 der Bundesverfassung und auch die professionspolitischen Debatten begünstigten zwar die Gründung der Schulausstellungen. Der lokale Gründungskontext der einzelnen Schulausstellungen bedingte allerdings auch lokale Zielsetzungen und Tätigkeitsbereiche, die nicht mit den Intentionen, wie sie in den nationalen Debatten formuliert wurden, übereinstimmten. Das allmähliche Abrücken von der Idee einer zentralen Dokumentationsstelle nach dem Scheitern der Schulvogtvorlage 1882 erlaubte die Kultivierung einer föderalistischen Lösung und liess Raum für unterschiedliche Intentionen und Ansprüche, die mit einer Dokumentationsstelle verbunden wurden. Die Gründung der Union der schweizerischen Schulausstellungen war dann ein eidgenössischer Kompromiss, mit dem die Kooperation nicht durch zentralstaatliches Diktat, sondern bottom up in die Wege geleitet wurde. Nach jahrelangen Debatten um eine eidgenössische Schulausstellung und der Konkurrenz zwischen den einzelnen Ausstellungen stellte die föderale Form einer Union die einzig gangbare, aber wahrscheinlich auch eine zweckmässige Lösung dar.

Mit dieser Lösung wurde allerdings die Forderung nach einer nationalen Dokumentationsstelle nicht erfüllt. Eine Vielzahl an Schulausstellungen und eine lose Kooperation zwischen ihnen, wie sie die Union der schweizerischen Schulausstellungen darstellte, entsprach nicht den ursprünglichen Vorstellungen des Bundes, der durch eine nationale Dokumentationsstelle in erster Linie Schulgesetze und Schulstatistiken dokumentiert sehen wollte, um sowohl die Präsentation des schweizerischen Schulwesens bei den Weltausstellungen, als auch den Verfassungsauftrag, nämlich zu kontrollieren, ob die Kantone „genügenden Primarunterricht“ anbieten, verwirklicht zu sehen.

Aufgrund der unlösbaren Streitigkeiten zwischen Bern und Zürich um eben diese Dokumentation wurde anlässlich der Landesausstellung 1883 in Zürich, an der das Schulwesen präsentiert werden sollte, ein Periodikum gegründet. Das „Jahrbuch für das schweizerische Unterrichtswesen“ dokumentierte fortan kantonale Schulgesetze, veröffentlichte interkantonal vergleichende Statistiken und erfüllte somit eben jene Funktion, die die Schulausstellungen nicht wahrnahmen. Der Bund, der die Herausgabe des Jahrbuches

unterstützte, verlor deshalb allmählich sein Interesse an den Schulausstellungen (Jahrbuch für das Unterrichtswesen, 1887). Als sich 1897 die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren als Koordinationsgremium der Kantone im Bildungsbereich formierte, hatte der Bund zudem auch einen Ansprechpartner, an den er in Bildungsfragen, für die er nicht zuständig ist, gelangen konnte (siehe auch: Archiv für das schweizerische Unterrichtswesen , 1915).

Die Schulausstellungen hingegen wandelten sich immer mehr zu pädagogischen Dokumentationsstellen, die im Dienste der Lehrerschaft standen und so vorwiegend Fortbildungsfunktion vor Ort hatten. Diese Funktion haben sie bis heute beibehalten. Es ist denn auch folgerichtig, dass sie bei der jüngsten Lehrerbildungsreform in die Pädagogischen Hochschulen integriert wurden.

Literatur

- Archiv für das schweizerische Unterrichtswesen*. 1 (1915).
- Bloch, A. (2007). *Priester der Volksbildung. Der Professionalisierungsprozess der Zürcher Volksschullehrkräfte zwischen 1770 und 1914*. Zürich: Chronos.
- Bolleter, Eduard (1891): Vortrag über Geschichte, Zweck und Zukunft der permanenten schweizerischen Schulausstellung in Zürich. Separatdruck aus dem Synodalbericht pro 1890. Winterthur: Druck von Geschwister Ziegler.
- Botschaft Schulausstellungen (1880). Botschaft des Bundesrathes an die hohe Bundesversammlung, betreffend Betheiligung des Bundes an den permanenten Schulausstellungen (vom 23. November 1880). *Bundesblatt der schweizerischen Eidgenossenschaft*, (VI), 440-450.
- Botschaft Vollziehung Art. 27 (1880). Botschaft des Bundesrathes an die hohe Bundesversammlung, betreffend die Vollziehung des Art. 27 der Bundesverfassung. *Bundesblatt der schweizerischen Eidgenossenschaft*, (III), 180-190.
- Bulletin Pédagogique [et Moniteur de l'exposition scolaire permanente]*. 13 (1884) – 28 (1899).
- Catalogue (1999). *Catalogue du musée pédagogique Fribourg (Suisse)*. Fribourg: Saint-Paul.
- Criblez, L. & Huber, Ch. (2008). Der Bildungsartikel der Bundesverfassung von 1874 und die Diskussion über den eidgenössischen „Schulvogt“. In L. Criblez (Hrsg.), *Bildungsraum Schweiz* (S. 87-130). Bern: Haupt.
- Criblez, L. (1998). 1848: Revolution, Bundesstaatsgründung und Bildungspolitik in der Schweiz. *Zeitschrift für Pädagogik*, 44, 831-851.
- Criblez, L. (2007). Zurich: un champ disciplinaire composite pour des formations professionnelles différenciées (1857-1949). In R. Hofstetter & B. Schneuwly (Hrsg.), *Emergence des sciences de l'éducation en Suisse à la croisée de traditions académique contrastées* (S. 31-56). Bern: Lang.
- Crotti, C. (2008). Pädagogische Rekrutenprüfungen. Bildungspolitische Steuerungsversuche zwischen 1875 und 1931. In L. Criblez (Hrsg.), *Bildungsraum Schweiz* (S. 131-154). Bern: Haupt.
- Der Pionier*. Mitteilungen aus der schweiz. permanenten Schulausstellung in Bern. 1 (1880) – 25 (1904).

- Droz, N. (1878). *Art. 27 der Bundesverfassung und der Primarunterricht in der Schweiz. Bericht an den schweizerischen Bundesrath vom eidg. Departement des Innern*. Bern: Stämpfli.
- Genoud, L. (1914). *Le musée pédagogique de Fribourg en Suisse. Trente ans d'existence 1884-1913*. Fribourg: Saint-Paul.
- Gonon, Ph. (1998). *Das internationale Argument in der Bildungsreform*. Bern: Lang.
- Gonon, Ph. (1999). Weltausstellungen im 19. Jahrhundert als Ansporn für Schulreformen. In L. Criblez, C. Jenzer, R. Hofstetter & Ch. Magnin (Hrsg.), *Eine Schule für die Demokratie* (S. 377-401). Bern: Lang.
- Hofstetter, R. & Schneuwly, B. (Hrsg.) (2007). *Emergence des sciences de l'éducation en Suisse à la croisée de traditions académiques contrastées*. Bern/Genf: Lang.
- Hunziker O., u.a. (1894). *19. Jahresbericht des Pestalozzianums in Zürich 1893*. Rüegg, Zürich: 1894
- Jahrbuch für das Unterrichtswesen*. 1 (1887).
- Keller, J.V. (1925). *Peter Gunzinger. Seminardirektor (1844-1919). Sein Leben und sein Wirken*. Olten: Dietschi.
- Kinkel, H. (1873/75). *Statistik des Unterrichtswesens in der Schweiz im Jahre 1871*. Basel: Georg.
- Kormann, P. (1984). 104 Jahre pädagogische Information und Dokumentation im Kanton Bern. In Erziehungsdirektion und Baudirektion des Kantons Bern (Hrsg.), *Berner Schulwarte. Pädagogisches Dokumentations- und Medienzentrums des Kantons Bern* (S. 6-12). Bern: Erziehungsdirektion.
- Korrespondenzblatt des Archivs der schweizerischen permanenten Schulausstellung in Zürich*. No. 1, Juni 1878.
- Krebs, W. [1905]. Gewerbe- und Industriemuseen. In N. Reichesberg (Hrsg.), *Handwörterbuch der Schweizerischen Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung*, Bd. 2 (S. 319-324). Bern: Encyklopädie.
- Lussi, V. & Cicchini, M. (2007). Fribourg: le pari d'une Université catholique Suisse et son influence sur le champ disciplinaire (1889-1951). In R. Hofstetter & B. Schneuwly (Hrsg.), *Emergence des sciences de l'éducation en Suisse à la croisée de traditions académiques contrastées* (S. 161-186). Bern: Lang.
- Lustenberger, W. (1996). *Pädagogische Rekrutenprüfungen. Ein Beitrag zur Schweizer Schulgeschichte*. Chur/Zürich: Rüegger.
- Lüthi, E. (1896). Die schweizerischen permanenten Schulausstellungen. *Pionier*, 17, 57-64/76-78/86-88/90-93.
- Lüthi, E. (1903). *Jubiläumsbericht der Schweiz. permanenten Schulausstellung in Bern 1878-1903*. Bern: Stämpfli.
- Lüthi, E. (1905). Schulausstellungen. In N. Reichesberg (Hrsg.), *Handwörterbuch der Schweizerischen Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung*, Bd. 3.1 (S. 501-503). Bern: Encyklopädie.
- Mattmüller, H. (1982). Die eidgenössische Bildungspolitik zwischen 1870 und 1903 und die Entstehung der schweizerischen Schulforschung. *Schweizerische Zeitschrift für Geschichte*, 32 (3), 401-420.
- Rambert, E. (1875). *Wiener Weltausstellung 1873. Schweiz – Bericht über Gruppe XXVI, Erziehungs-, Unterrichts- und Bildungswesen*. II. Theil. Schaffhausen: s.n.
- Schweizerisches Schularchiv*. 1 (1880) – 20 (1899).
- Tschudi, F. von (1874). *Wiener Weltausstellung 1873. Schweiz – Bericht über Gruppe XXVI, Erziehungs-, Unterrichts und Bildungswesen*. I. Theil. Schaffhausen: s.n.
- Widmer, Th. (1992). *Die Schweiz in der Wachstumskrise der 1880er Jahre*. Zürich: Chronos.
- Wymann, H. (1975). *100 Jahre Pestalozzianum Zürich 1875-1975*. Zürich: Verlag Pestalozzianum.

